

## INHALT

1. CDU fordert vor einer Entscheidung Bewertung der Altlasten der HSH Nordbank
2. CDU fordert klare rechtliche Vorgaben und Verfahrensbeschleunigungen beim Wohnungsbau
3. CDU will Stärkung des Ehrenamtes auch in der Flüchtlingshilfe
4. CDU fordert Handlungskonzept zur südlichen Ostseekooperation
5. Autochthone Minderheiten und ihre Sprachen sollen weiter gestärkt werden

19.11.2015

**CDU fordert vor einer Entscheidung Bewertung der Altlasten der HSH Nordbank**  
**SPD, Grüne und SSW wollen noch in diesem Jahr endgültige Beschlüsse fassen**



CDU-Fraktionsvorsitzender Daniel Günther

Spätestens 2018 soll die HSH Nordbank verkauft oder abgewickelt werden. Das sieht die Grundsatzeinigung der Länder Hamburg und Schleswig-Holstein mit der Europäischen Kommission vor. Klar ist: Der Ausstieg wird teuer für das Land. Für den Umbau der Bank soll noch in diesem Jahr eine Abwicklungsanstalt öffentlichen Rechts gegründet werden. Beide Länder sollen der Bank Altlasten aus faulen Schiffskrediten in Höhe von bis zu 6,2 Milliarden Euro abnehmen. Die Gebührenforderungen für ihre zehn Milliarden Euro Garantien sollen deutlich gesenkt werden. Die Bank wird dadurch entlastet und bekommt die Chance, sich am Markt zu bewähren. Im Falle einer Abwicklung hätte das Land im Oktober dieses Jahres für eine Gewährträgerhaftung in Höhe von 12,2 Milliarden Euro gerade stehen müssen. Zum Ende des

Jahres werden es 2,5 Milliarden sein – zum Vergleich: Zu Beginn der Rettungsaktion waren es noch 65 Milliarden.

SPD, Grüne und SSW wollen das dazu geplante Gesetzespaket noch in diesem Jahr verabschieden. Der Vorsitzende der CDU-Fraktion und Oppositionsführer im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Daniel Günther, untermauerte in der Debatte seine Forderung, die notwendigen Beschlüsse erst dann zu treffen, wenn die notwendigen Grundlagen geschaffen sind:

„Die CDU-Fraktion trägt diejenigen Beschlüsse mit, die bis zum Ende des Jahres getroffen werden können und müssen. Dazu gehört die Aufspaltung der Bank ebenso, wie die Reduzierung der Garantieprovisionen. Die endgültige Entscheidung, welches der drei möglichen Modelle für den schleswig-holsteinischen Steuerzahler am günstigsten ist, kann ohne eine Bewertung der Altlasten jedoch noch nicht getroffen werden“, so Günther.

Seit gestern sei klar, dass diese Entscheidung auch erst bis Ende März 2016 getroffen werden müsse. „Deshalb fordere ich die Landesregierung auf, für eine Vorlage der entsprechenden Gutachten bis Mitte März zu sorgen“, erklärte der CDU-Fraktionsvorsitzende.

Günther stellte die politische Verantwortung aller Parteien, die seit der Gründung der Bank in Schleswig-Holstein Regierungsverantwortung getragen habe, heraus. Er stellte sich ausdrücklich hinter entsprechende Aussagen der Finanzministerin zur Verantwortungslosigkeit der damals handelnden Vorstände der HSH-Nordbank.

„Ich werde wütend, wenn ich sehe, was mit den nun fälligen Steuergeldern für die HSH Nordbank alles besseres für unser Land getan werden könnte. Um so wichtiger ist es, dass wir als Parlament alles tun, um diese Summe so gering wie irgend möglich zu halten“.

Der CDU-Fraktionsvorsitzende stellte klar, dass die Beteiligung des Landes an einer Bank sich insgesamt als falsch heraus gestellt habe. „Das geltende Recht lässt die für parlamentarische Beratungen und Entscheidungen notwendige Information und Transparenz überhaupt nicht zu. Deshalb sind auch die Beschlüsse nicht vermittelbar. Bankenbeteiligung ist darum keine Aufgabe der Politik“, so Günther. Für die CDU gehe es nur noch um den Weg zum endgültigen Ausstieg aus der Bank.

---

**CDU fordert klare rechtliche Vorgaben und Verfahrensbeschleunigungen beim Wohnungsbau**  
**Debatte über bezahlbaren Wohnraum**



Peter Lehnert, wohnungsbaupolitischer Sprecher der CDU-Fraktion

In der heutigen Debatte über die Schaffung bezahlbaren Wohnraums hat der wohnungsbaupolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Peter Lehnert, schnelle Änderungen in den entsprechenden Vorgaben sowie klare rechtliche Vereinfachungen und Verfahrensbeschleunigungen gefordert. Durch den massiven Zuzug von Menschen aus Hamburg und die dramatisch ansteigende Zahl von Asylbewerbern sei endlich ein schnelles und entschlossenes Handeln notwendig.

„Nur so können wir es gemeinsam schaffen, den enormen Siedlungsdruck zu bewältigen und den damit verbundenen sozialen und gesellschaftlichen Sprengstoff zu entschärfen“, so Lehnert.

Die Landesregierung müsse jetzt in enger Abstimmung mit den Kommunen für eine zügige und ausreichende zur Verfügungstellung von Wohnbauflächen Sorge tragen. „Hierbei sollte der Schwerpunkt in einer räumlichen Verdichtung liegen, um allen Gemeinden in der Nähe der Metropole Hamburg aufgrund ihrer günstigen Lage die Möglichkeit auf Ausweisung zusätzlicher Bauflächen zu eröffnen“, betonte der CDU-Abgeordnete.

Im Rahmen der Regionalplanung reiche es nicht aus, die Realität nur zur Kenntnis zu nehmen. „Vor allen Dingen müssen die bisher gültigen planerischen Beschränkungen aus dem Jahre 2010 in den betroffenen Regionen gelockert oder zeitlich befristet ausgesetzt werden“, forderte Lehnert.

Nur mit entsprechender Flexibilität und in weitgehender Eigenverantwortung könnten die Kommunen vor Ort auf die sich abzeichnenden Herausforderungen im Bereich des Wohnungsbaus schnell reagieren. „Die vielen ehrenamtlichen Kommunalpolitiker sind vor Ort sicherlich am Besten in der Lage, die aktuelle Situation realistisch einzuschätzen. Sie benötigen dafür allerdings dringend die helfende und flexible Unterstützung durch die in der Staatskanzlei angesiedelte Landesplanung“, so Lehnert.

---

**CDU will Stärkung des Ehrenamtes auch in der Flüchtlingshilfe**  
**Grenzen der Leistungsfähigkeit sind absehbar erreicht**



Ehrenamtspolitische Sprecherin der CDU-Fraktion, Petra Nicolaisen

Mit einem ganzen Paket von Anträgen zur Flüchtlingspolitik setzte sich der Landtag heute auseinander. Für die CDU-Fraktion begründete zunächst deren ehrenamtspolitische Sprecherin Petra Nicolaisen ihren Antrag zur Stärkung des Ehrenamtes. Die vom Bund im Rahmen des Asylverfahrensbeschleunigungsgesetzes beschlossenen zusätzlichen zehntausend Stellen für den Bundesfreiwilligendienst (BFD) böten gute Chancen auch für die Integration. Im Unterschied zu den regierungstragenden Abgeordneten betone die CDU-Landtagsfraktion die stärkere Einbeziehung von Migranten in die traditionell in Deutschland verankerte Ehrenamtsarbeit. "Die Landesregierung muss die hier lebenden Migranten direkter ansprechen und im Rahmen des BFD entsprechende Angebote unterbreiten? Wie können wir Integration besser leben, als über ein eigenes ehrenamtliches Engagement. Viele können mithelfen und wollen dies auch", betonte Nicolaisen.

Ehrenamt solle persönlich zufriedenstellen und Freude machen. Festzustellen sei allerdings, dass die ehrenamtlich Tätigen teilweise auf Dauer überfordert seien. Deshalb seien zusätzliche Stellen, aber auch flexiblere Strukturen, die dennoch Verlässlichkeit garantieren, erforderlich. Die CDU setze sich für eine Ausweitung der BFD-Stellen im kommunalen Bereich und eine zeitliche Flexibilisierung analog zu den so genannten Blaulichtorganisationen (Freiwillige Feuerwehr, DRK, THW usw.) ein.

Die migrationspolitische Sprecherin Astrid Damerow forderte die Landesregierung in ihrem Debattenbeitrag auf, die auf Bundesebene zur Flüchtlingspolitik beschlossenen Maßnahmen konsequent umzusetzen:

„Deutschland und damit auch Schleswig-Holstein erreichen angesichts der großen Zahl an Flüchtlingen absehbar die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit“, so Damerow, die wieder den Bogen zum Ehrenamt schlug. „Ohne die gewaltigen freiwilligen Anstrengungen der Bevölkerung und ohne die Bereitschaft zur Hilfe wäre vieles überhaupt nicht möglich“, sagte die CDU-Abgeordnete.

Entscheidend werde jedoch sein, wie Europa als Ganzes mit der Frage umgehen werde. Solange es keine europaweit zu einer solidarische Flüchtlingsaufnahme gebe, sei es nur folgerichtig, die Regeln des Dublin III Abkommens wieder anzuwenden. Ebenso unverzichtbar sei die Sicherung der EU-Außengrenzen, die in den vergangenen Jahren sträflich vernachlässigt wurde.

Sicherung bedeute dabei ausdrücklich nicht Abschottung. Selbstverständlich werde Europa für schutzbedürftige Menschen offen bleiben. „Wir werden uns aber die Frage stellen müssen, welche Kriterien wir an die Schutzbedürftigkeit anlegen. Bedarf jemand wirklich unseres

Schutzes, wenn er beispielsweise aus Flüchtlingseinrichtungen in der Türkei einreist?“, fragte die CDU-Abgeordnete.

Unerlässlich seien konsequente Registrierungen. „Es ist nicht hinzunehmen, dass sich ca 300.000 Menschen unregistriert irgendwo in Deutschland aufhalten“, so Damerow. Auch über Fragen des Familiennachzugs müsse sachlich und jenseits der üblichen Empörungsrhetorik gesprochen werden.

„Die gemeinsame Verantwortung trifft auch das Land. Das gilt auch im Hinblick auf die Umsetzung der mit dem Bund getroffenen Vereinbarungen. Hier hat die Landesregierung noch deutlichen Nachholbedarf“, so Damerow.

Bislang liege der Schwerpunkt des Handelns noch in der Bewältigung der administrativen Aufgaben. „Die Frage der langfristigen Integration der zu uns kommenden Menschen wird die Gesellschaft auf Jahrzehnte fordern. Es ist Aufgabe der Politik, für Rahmenbedingungen zu sorgen, eine Überforderung vermeiden“, sagte die Flüchtlingspolitikerin.

Die Bürger und deren Sorgen müssten ernst genommen werden. Hier sei klar zu erkennen, dass das Sicherheitsgefühl der Menschen abnehme. „Gleichzeitig haben wir eine Landespolizei, die auf dem Zahnfleisch geht. Sie muss endlich von Aufgaben entlastet werden, die nicht im eigentlichen Sinne Polizeiaufgaben sind“, forderte die CDU-Abgeordnete.

Die Bundesverteidigungsministerin habe die Unterstützung der Bundeswehr angeboten. Die Landesregierung müsse prüfen, welche Aufgaben im Flüchtlingsbereich anstatt von der Polizei auch von der Bundeswehr in Amtshilfe wahrgenommen werden könnten.

---

### **CDU fordert Handlungskonzept zur südlichen Ostseekooperation Konkrete Maßnahmen müssen folgen**



Volker Dornquast, hochschulpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion

Leichte Verwunderung löste bei der CDU-Fraktion ein Antrag der Regierungsfractionen zur Umsetzung einer Resolution des 13. Parlamentsforums Südliche Ostsee aus. Nach dem Willen von SPD, Grünen und SSW soll der Landtag unter anderem die Beratungen und Ergebnisse der Parlamentarierkonferenz der südlichen Ostseeanliegerstaaten begrüßen, die im April in Hamburg stattgefunden hat. Der CDU-Abgeordnete Volker Dornquast, der an der Konferenz selbst teilgenommen hatte, stellte in seiner Rede fest: „Was soll damit erreicht werden, wozu dient es, erneut mit allgemeinen Floskeln festzustellen, was die Resolution aussagt? Dass diese



die Bedeutung der Ostseekooperation betont und auf bestimmte Ziele besonderen Wert legt, hilft uns nur wenig weiter.“

Vor diesem Hintergrund brachte die CDU-Fraktion gemeinsam mit den PIRATEN einen Änderungsantrag ein, mit dem der Ursprungsantrag der Regierungsfractionen um weitere Punkte ergänzt werden sollte. Darin forderte die Union von der Landesregierung ein konkretes Handlungskonzept, wie die mit den anderen Ländern verabredeten Ziele - beispielsweise die Stärkung der Hochschulkooperation - erreicht werden sollen.

Zusätzlich sollte die Landesregierung dem Parlament künftig in einem schriftlichen Bericht darlegen, welche Fortschritte in den einzelnen Bereichen der Zusammenarbeit erzielt werden konnten. Der Antrag, dem die gesamte Opposition ihre Zustimmung erteilte, scheiterte jedoch am Widerstand der Regierungsfractionen.

„Wenn schon ein Antrag nötig erscheint, dann sind auch konkrete Schritte für deren Umsetzung und politische Impulse für die angesprochenen Bereiche der wissenschaftlichen Zusammenarbeit erforderlich - nicht diese Allgemeinplätze“, erklärte Dornquast mit Blick auf den Koalitionsantrag.

Im kommenden Jahr wird Schleswig-Holstein Gastgeber des Parlamentsforums Südliche Ostsee sein. Diese Parlamentarierkonferenz der südlichen Ostseestaaten und -regionen wurde 2004 ins Leben gerufen. Ihr gehören die Landtage von Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern sowie die Sejmiks von Pommern und Westpommern an. Weitere Partnerparlamente sind die Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg, die Gebietsduma Kaliningrad sowie der Sejmik von Ermland-Masuren und der Regionsrat Schonen (Südschweden) ist assoziiatives Mitglied.

Link zum Antrag:

<https://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/3500/drucksache-18-3586.pdf>

---

## **Autochthone Minderheiten und ihre Sprachen sollen weiter gestärkt werden Landtag will Minderheitssprachen nun auch im Schriftverkehr mit Behörden ermöglichen**



Minderheitenpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion, Astrid Damerow

In der heutigen Debatte über den Gesetzentwurf von SPD, Grünen und SSW zur Stärkung der so genannten autochthonen (einheimischen) Minderheiten bestand weitgehende Einigkeit: Die Minderheiten und ihre Regionalsprachen sollen geschützt, erhalten und somit auch gefördert

werden.

Astrid Damerow begrüßte als Minderheitenpolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion das Vorhaben, unter anderem die Minderheitensprachen auch in Kindergärten und der Schule zu fördern. „Die CDU-Fraktion begrüßt alle Maßnahmen, die den bedrohten Minderheitensprachen, insbesondere dem Friesischen, bei seiner Erhaltung helfen“, so Damerow.

In dem Gesetzentwurf ist ebenfalls geplant, Ortsschilder zweisprachig anfertigen zu lassen. Die Kosten dafür würde in jedem Falle das Land tragen. Auch Anträge an Behörden dürften dann im Nordfriesischen Bereich, zu dem auch Helgoland gehört, auf Friesisch gestellt werden. In ganz Schleswig-Holstein wäre dies in niederdeutscher Sprache möglich. Die Kosten für etwaige Übersetzungen würde ebenfalls das Land tragen. Auf die Verwaltungen des Landes würde somit eine Mehrbelastung zukommen. Dementsprechend sollen Behörden weiterhin bei Einstellungen auf das Qualitätsmerkmal der „Fremd“-Sprachenkenntnis achten dürfen und Bewerbern, die Friesisch, Niederdeutsch, oder Dänisch sprechen und schreiben können den Vorzug erteilen.

Der Gesetzentwurf ist einstimmig federführend in den Europaausschuss mit gemeinsamer Beratung des Innen- und Rechtsausschusses überwiesen worden.

Link zum Gesetzentwurf:

<https://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/3500/drucksache-18-3536.pdf>

Regierungsbericht zum Thema...

<https://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/3400/drucksache-18-3410.pdf>

---

V.i.S.d.P

CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag

Dirk Hundertmark, Pressesprecher

Tel.: 0431/988-1440

[dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de](mailto:dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de)